

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Ein Mitgliederentscheid macht noch kein Programm

von Thomas Nord (MdB), Landesvorsitzender der LINKEN Brandenburg

In ein paar Tagen haben wir die Landtagswahl in Nordrhein Westfalen. DIE LINKE will auch in diesen Landtag einziehen und dem Ziel zu einer Partei, die in allen 16 Länderparlamenten vertreten ist, einen großen Schritt näher kommen. Bereits eine Woche später haben wir den Bundesparteitag in Rostock, wo wir einen neuen Parteivorstand wählen.

Wir haben eine Umbruchsituation in der Partei, fast die gesamte Führung der Partei muss neu gewählt werden und dies in einer Situation, wo auf einen Wechsel in diesem Umfang niemand wirklich vorbereitet war. Aus diesem Grund hat Gregor Gysi die Initiative ergriffen und mit den Landesvorsitzenden einen Vorschlag erstritten, den der Bundesvorstand der Partei am 26. Januar 2010 zu seinem Personalvorschlag gemacht hat.

Es gab begründete Kritiken gegen das Benennungsverfahren und die vorgeschlagenen Strukturen. Als eine Reaktion darauf haben neun Ost- und Westlandesverbände gemeinsam beim Parteivorstand einen Mitgliederentscheid initiiert, dessen Ergebnis am 25. 04. 2010 bekannt gegeben wurde: Am Mitgliederentscheid beteiligten sich 37 693 Mitglieder der LINKEN. Das entspricht einer Beteiligung von 48,3 % der Mitglieder. Das ist für einen Mitgliederentscheid, der scheinbar nur Strukturfragen entschieden hat, eine gute Beteiligung.

Es ging hier um mehr als formale Fragen, es ging um die Frage, ob sich mit einem positiven Entscheid tatsächlich die Chance eröffnet, das der Partei verloren gegangene Machtzentrum durch den von Gregor Gysi und dem Parteivorstand unterbreiteten Personalkompromiss neu zu bilden. Dieser Kompromiss war nur in Gänze zu akzeptieren. Deshalb gab es zu den Strukturen nur eine Frage, die man mit Ja, Nein oder Enthaltung beantworten konnte. Ich weiß, das ist vielen nicht leicht gefallen und es gab an diesem Vorgehen auch Kritik. Ich bin allen Genossinnen und Genossen dankbar, die mit einem Ja bei der ersten Frage des Mitgliederentscheides gestimmt haben und damit den Weg für eine weitere erfolgreiche



Entwicklung der Partei Die Linke öffneten. Dabei hoffe ich natürlich auch darauf, dass die Genossinnen und Genossen, die Kritik hatten, sich jetzt auch weiter konstruktiv in diesen Prozess einbringen.

Zur ersten Frage, die die Struktur der auf dem zweiten Bundesparteitag zu wählenden neuen Parteiführung betrifft, stimmten bundesweit 84,5 % der Abstimmenden mit Ja, 11,3 % der Abstimmenden mit Nein, und 4,2 % enthielten sich. In Brandenburg haben sich 5 393 Mitglieder an dem Entscheid beteiligt, in der Strukturfrage haben 85,32 % mit Ja gestimmt, 9,71 % mit Nein und 4,76 % enthielten sich. Damit spricht sich auch in Brandenburg eine deutliche Mehrheit für die neue Struktur der Parteiführung aus. Der Bundesparteitag kann nun am 15. und 16. Mai in aller Souveränität über die anstehenden Personalfragen entscheiden. Gleichzeitig bekommt der noch zu wählende Bundesvorstand durch die Zustimmung in der zweiten Frage (Ja-Stimmen Bund 94,1 %, Brandenburg 95,09 %) die Aufgabe mit auf den Weg, bis Ende 2011 eine Urabstimmung über ein vom Parteitag im Jahr 2011 beschlossenes Parteiprogramm herbeizuführen. Ein erster Programmentwurf wurde von der Programmkommission im Auftrag des Parteivorstandes erarbeitet und am 20. März 2010 von den Parteivorsitzenden Lo-

thar Bisky und Oskar Lafontaine der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt.

Damit die Urabstimmung am Ende des Jahres 2011 ein ähnlich gutes Ergebnis haben wird, wie der Mitgliederentscheid im April 2010, ist es notwendig, dass sich alle Gliederungen der Partei aktiv in den Diskussionsprozess einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung und gemeinsamer Aneignung. Der Landesvorstand ruft alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auf. Als Landesvorsitzender wünsche ich mir, dass sich alle Mitglieder des Landesverbandes die Zeit nehmen, den Entwurf von Oskar und Lothar zu lesen und zu diskutieren.

Die Kreisvorstände sind aufgefordert, die Programmdebatte eigenständig zu organisieren und die Ergebnisse dem Landesvorstand und der Programmkommission beim Parteivorstand zu übermitteln. Dabei sollen die Bundesparteitagsdelegierten gezielt in die Meinungsbildung eingebunden werden. Die Programmdebatte soll Gegenstand der Bildungsarbeit sein und wir wollen die Debatte mit öffentlichen Diskussionen auch dazu nutzen, mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ins Gespräch zu kommen.



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und der Verein zur Förderung des alternativen Denkens Strausberg laden ein.

Quo vadis Ostdeutschland?

Ostdeutsche Identitäten und Lebenslagen
20 Jahre nach dem Umbruch

**Am Donnerstag, 24. Juni 2010, 18 Uhr,
15344 Strausberg, Wallstraße 8, Linkstref**

Mit Dr. Reinhard Liebscher, Geschäftsführer
des Sozialwissenschaftlichen
Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V.

Zum Kindertag am 1. Juni

Im August 1925 rückte die Weltkonferenz für das Wohlergehen der Kinder mit der Genfer Erklärung zum Schutz der Kinder diese Ehrung in das Bewusstsein der Menschen und vieler Regierungen, die im Anschluss den Kindertag in ihrem Land einführten. 1979 fand sogar auf der ganzen Erde das Jahr des Kindes statt. Heute wird in mehr als 145 Ländern der Kindertag gefeiert, wenn auch an unterschiedlichen Tagen. Und in über 30 Ländern, so wie bei uns, ist der 1. Juni ein besonderer Tag für die Kinder mit vielen Höhepunkten und Ereignissen.

Wenn ich an meine Zeit des Kindertages zurückdenke, geboren 1958 (ich kam 1965 in die Schule), dann war es stets ein Tag von Glück, Freude, Spiel, Spannung, Überraschung und Erwartung, ein Ehrentag für uns Kinder. Aufgewachsen bin ich in einer unbeschwerten Kindheit, in Liebe und Geborgenheit mit dem Offenstehen der Bildungsmöglichkeiten unabhängig vom Geldbeutel meiner Eltern und vielfältigen Freizeitangeboten. Geschichten meiner Großeltern und Eltern aus einer anderen Zeit, wie z.B. der Kriegszeit, habe ich gern gehört und bin ihnen dafür sehr dankbar. Vieles habe ich damals nicht verstanden, weil ich es anders erleben durfte. Auch eine Aussage meines Großvaters, etwa Ende der 60ziger Jahre, hatte ich schon längst in mein Unterbewusstsein geschoben: „Seid froh, dass ihr 10 Jahre gemeinsam zur Schule gehen und lernen könnt.“ Doch diese Aussage kam wieder in meine Erinnerung, als sich die Lebenssituation der Kinder in dem Land, in dem ich aufgewachsen bin, zu verändern begann.

Der Bildungsföderalismus als Länderaufgabe zog in die Schullandschaft ein und brachte verschiedene Schultypen hervor. 20 Jahre danach lehnen diesen 2/3 der Deutschen ab und sind für Übernahme dieser Aufgabe durch die Bundesregierung, um gleiche Bildungschancen für alle Kinder zu schaffen. Im Land Brandenburg sind es sogar 80 % und in Bayern immerhin 52 % der Bundesbürger. Dass Azubis in dem Maße Nachhilfe benötigen, wie es leider heute viele Betriebe erleben müssen, kenne ich aus meiner Ausbildungszeit nicht.

Gleiches gilt für die fehlenden Berufsaussichten und altersgerechten Freizeitangebote im Land Brandenburg, die zur Abwanderung jedes dritten

Gymnasiasten führen sollen, welches das Ergebnis einer Befragung von 2 000 Schülern ist.

Laut der UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989 Artikel 31 erkennen die Vertragsstaaten das Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf die freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben an.

In Deutschland hat der Bundestag am 05. April 1992 dieser UN-Kinderrechtskonvention zugestimmt. Weltweit sind es 192 Staaten.

Die Verantwortung des Staates zur Umsetzung dieses Rechts in Deutschland gestaltet sich im Erleben schwierig. (Ich habe beispielsweise keinen Kalender gefunden, in dem der 1. Juni als Tag des Kindes gekennzeichnet ist!)

Als im Frühjahr 2006 im Ausschuss für Bildung, Jugend, Kultur, Sport und Soziales der Stadt Strausberg über die Gründung eines Bündnisses für und mit Familien beraten wurde, sahen wir darin eine Möglichkeit, Strausberg noch Kinder- und familienfreundlicher zu machen.

Am 20. September 2006 wurde das Bündnis in Strausberg gegründet, in welchem sich 10 Projekte etabliert haben. Eines davon ist das Projekt „Kinderträume“.

In diesem Projekt sammeln Vertreter aus den verschiedenen Parteien, Fraktionen sowie interessierten Bürgern Spendengelder. Mit diesen Spendengeldern wird Kindern aus einkommensschwachen und kinderreichen Familien die Möglichkeit eröffnet, an einer selbst gewählten Freizeitaktivität teilzunehmen und gleichzeitig ihre körperliche, soziale, geistige und sprachliche Entwicklung zu fördern.

Im März 2007 konnten wir mit der Umsetzung des Projektes „Kinderträume“ bzw. der finanziellen Unterstützung beginnen.

Eine sinnvolle und bereichernde Nutzung der Freizeitangebote ist für den Einzelnen, für seine Entwicklung und für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft eine wichtige und wertvolle Grundlage.

Mit der Umsetzung unseres Projektes nehmen wir den Staat nicht aus seiner Verantwortung, sondern haben für unsere Kinder in unserer Stadt eine alternative Übergangsmöglichkeit gefunden. Dafür sagen wir allen unseren Spendern und Unterstützern herzlichen Dank.

Mit dem Projekt „Kinderträume“ tragen wir dazu bei, den sozialen Frieden zu bewahren.

Marion Strusch

Arbeitskreis- und Projektleiterin von „Kinderträume“
sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für BJKSS der Stadt Strausberg



Kinder beim Auftritt am 05. März zum Benefiz-Konzert des Projekts „Kinderträume“



Kennzahlen: Landkreis MOL

Ein Viertel der Kinder unter 18 Jahren = 28,3 %, leben in Kinderarmut.

Stand 15. April 2010:

140 „Kinderträume“ für Kinder und Jugendliche gingen in Erfüllung.

2007 waren es
20 geförderte Maßnahmen,
2008 44,
2009 62.

Ca. 21 verschiedene Freizeitaktivitäten werden gefördert.

Einige Kinder haben bereits eine oder sogar schon eine zweite weiterführende Unterstützung erhalten.

Ihre Spende zur Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen und kinderreichen Familien können Sie auf das Konto:

Stadt Strausberg
Konto Nr.: 3508050040

BLZ: 17054040

Sparkasse MOL

Verwendungszweck: Kinderträume -
Spende (unbedingt angeben)
überweisen.



Landwirtschaftserinnerungen (Teil 1)

Von Prof. Dr. sc. Dr. h.c. Erich Rübensam

Mit meiner Berufung zum Direktor des Instituts Müncheberg/Mark durch den damaligen Minister für Land- und Forstwirtschaft der DDR im Juli 1952 begann eine fruchtbringende Zusammenarbeit von Agrarwissenschaft und -praxis im Oderbezirk. Meine Konzeption zur Erfüllung des Auftrages, das auf Züchtungsforschung ausgerichtete Institut auf Acker- und Pflanzenbau mit Schwerpunkt Bodenfruchtbarkeit umzuprofilieren, richtete sich von Anbeginn auf ein hohes Niveau der Forschung mit großer Praxiswirksamkeit der Ergebnisse.

In Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt gestalteten wir jeweils effektive Formen und Methoden des Zusammenwirkens von Wissenschaft und Produktion. Zunächst waren unsere Partner interessierte Meisterbauern, Leitungskader von VEG, MAS und dem Staatsapparat, Bauernberater der VdgB und Klubs junger Agronomen.

Sehr bald wurden jedoch die LPG zum Schwerpunkt gemeinsamer Anstrengungen von Wissenschaftlern und Genossenschaftsbauern, denn in Durchführung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 ermöglichte der Zusammenschluss der Bauern durch gemeinsame Bewirtschaftung größerer Flächen und Produktionseinheiten eine wirkungsvolle Nutzung von Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft. Da sich zuerst überwiegend Kleinbauern zu LPG zusammenschlossen und die meisten gewählten

Vorsitzenden kaum Erfahrungen in der Leitung größerer Produktionseinheiten und -kollektive hatten, war der Rat der Wissenschaftler besonders gefragt. Am Beginn war auf den zusammengelegten Ackerflächen die Gestaltung von Fruchtfolgen eine komplizierte Aufgabe, um die Vorzüge größerer Schläge zu nutzen. So übernahm ich die Patenschaft im benachbarten Worin, deren Vorsitzender Bernhard Grünert zum Pionier der Genossenschaftsbewegung in der DDR wurde, und für die LPG Alt Tucheband im Oderbruch. Unmittelbar nach der Gründung erarbeiteten wir Fruchtfolgepläne, die als Beispiele und Anleitung in „Der freie Bauer“ veröffentlicht wurden.

In der Folgezeit übernahmen alle Wissenschaftler mit landwirtschaftlicher Ausbildung die Patenschaft über eine LPG, später die meisten über einen MTS-Bereich. Ich pflegte regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit Leitungskadern und einigen Spezialisten der LPG des MTS-Bereiches Seelow, häufig beginnend mit Feldbesichtigungen in der jeweils gastgebenden LPG, in denen die Ergebnisse und Probleme der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Mittelpunkt standen. Mit Bernhard Grünert verband mich danach eine jahrzehntelange feste Freundschaft.

(wird fortgesetzt)



Prof. Dr. Rübensam nimmt den Dank von Wolfgang Heinze für seine Ausführungen auf einer Veranstaltung in Seelow am 04.12.2009 entgegen.

Klima und Energie auf kommunaler Ebene mitentscheiden

Zur Ökologischen Konferenz in MOL – von Renate Adolph (Ortsverband Hoppegarten)

Was ist uns die Umwelt wert? Was können wir in Kommunen für Nachhaltigkeit tun? Diesen Fragen gingen Ende April die Teilnehmer der 2. Ökologischen Konferenz Märkisch-Oderland des kommunalpolitischen forums nach. Landtagsabgeordneter Marco Büchel verwies zur Eröffnung auf die Bedeutung des Tagungsortes Bad Freienwalde. Hatten doch hier Kurt Kretschmann (Erfinder des inzwischen gesamtdeutschen Symbols „Naturschutzeule“) und seine Frau Erna den Einklang mit der Natur und Besinnung auf Vorhandenes anschaulich vorgelebt.

Wie ein roter Faden zog sich dann auch der

nachhaltige Umgang mit unseren Ressourcen, vor allem mit Energie, durch die Konferenz. Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann unterstrich dabei die besondere Bedeutung von Kommunen, die Privathaushalte und Unternehmen vor Ort für Beiträge zu mehr Energieeffizienz und zum sparsamen Umgang mit Energie gewinnen können sowie selbst eine wichtige Vorbildfunktion ausüben. Dabei gelte es, kommunale Klimaschutzprogramme zu entwickeln. Sie sprach sich für eine **Rekommunalisierung der Energieversorgung** aus, weil Dezentralisierung auch ein ökologisches Prinzip darstellt. Ganze Dörfer und Stadtteile haben sich bereits auf eine eigene Versorgung mit Strom und Wärme umgestellt. Erneut verurteilte Dagmar Enkelmann, die sich viele Jahre als Landtagsabgeordnete der Umwelt intensiv gewidmet hat, Pläne von Vattenfall, CO₂ in Brandenburgs Erde, u. a. bei Neutrebbin in MOL, zu versenken. Heimisch erzeugte Energie aus Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme trage dazu bei, weg von Braunkohle und Atomstrom zu kommen, helfe dem Klimaschutz, schaffe Arbeit vor Ort und mache die Preise kalkulier-

barer. Leider betreibe die jetzige Bundesregierung ein Roll back zugunsten der Atomenergie, kritisierte sie. Eine sozialistische Partei ohne Ökologie sei keine sozialistische Partei. Soziale Gerechtigkeit ist ohne Umweltgerechtigkeit nicht zu haben, hob sie hervor.

Die Umweltministerin von Brandenburg, Anita Tack, formulierte ihren Anspruch eines Ministeriums für Lebensqualität mit dem Leitmotiv:

Gesund leben in einer intakten Umwelt.

DIE LINKE. muss auch in Regierungsverantwortung ihr eigenständiges Profil, auch als ökologische Partei, herausarbeiten, forderte sie.

Prof. Dr. Dr. Götz Brandt von der Ökologischen Plattform DIE LINKE. forderte mehr Forschung in Regenerative Energien zu stecken, statt diese zu behindern. Die Energiekonzerne aber sind weiterhin an fossilen Großkraftwerken interessiert. Das sichert ihre Marktmacht und weiterhin hohe Gewinnmargen.

Sybille Knospe, Vorsitzende des Fördervereins des Hauses der Naturpflege Bad Freienwalde, verdeutlichte den Bildungsauftrag ihres Hauses mit Blick auf das 50-jährige Jubiläum der einstigen Wirkungsstätte der Kretschmanns. Dabei verwies sie auf zahlreiche Projekte, um vor allem jungen Menschen Umwelt und gesunde Ernährung zu vermitteln.



Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.-Do. 9 - 16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkemann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.-Do. 8 - 16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Bettina Fortunato (MdB)

15306 Seelow, Breite Str. 9
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47
Mo. 10 - 17 Uhr
Mi.+Do. 14 - 18 Uhr
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Buechel (MdB)

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Fax: (0 33 44) 33 45 43
Mo. 10 - 16 Uhr
Do. 14 - 17 Uhr
15366 Hoppegarten, OT Hönöw
Mahlsdorfer Str. 61 (HEP)
Telefon: (030) 99 27 47 49
Fax: (030) 99 27 47 43
Mo. 13 - 17 Uhr
Do. 16 - 20 Uhr
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 - 12 Uhr

Strausberg

Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 9 - 12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

Linkstreffs

Linkstreff Seelow

Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. - Mi. 9 - 12 Uhr

Linkstreff Strausberg

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.-Do. 9 - 16 Uhr

Das war der 1. Mai in Strausberg



Der Platz vor dem Landsberger Tor war gut gefüllt. Die Besucher der Kundgebung bedachten den Auftritt des Fanfarenzuges Strausberg mit viel Beifall und verfolgten anschließend interessiert die Ausführungen von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag.



Der Infostand des Kreis- und Stadtvorstandes war ständig dicht umlagert. Zahlreiche Strausberger nutzten die Gelegenheit und trugen sich in die ausliegenden Unterschriftenlisten für die Volksinitiative der VVN-BdA ein, in denen die Schaffung würdiger Erinnerungsstätten für die Opfer des Faschismus gefordert wird.

In Strausberg begann die Mai-Kundgebung traditionell im Hof des Seniorenheimes „Friedrich Bonhoeffer“ in der Wriezener Straße. Gemeinsam mit Kerstin Kaiser, Bernd Sachse, Dieter Schäfer und Lutz Amsel ehrten weitere 50 Strausberger die Opfer des Faschismus und legten Blumen am Gedenkstein nieder.

TERMINE

- seit 29. 04. Fotoausstellung zu einem deutsch-russischen Jugendtreffen in Murmansk - LINKSTreff Strausberg
- 12. 05. Sitzung des Kreistages
- 15./16. 05. Bundesparteitag in Rostock
- 26. 05. Kreisvorstandssitzung

Die nächste Ausgabe

unseres Informationsblattes IMPULSE
erscheint am Donnerstag,
dem 03.06. 2010

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bernd Sachse,
Tel.03341-303984
Mail : info@dielinke-mol.de
Layout u. Satz : Fortunato Werbung,
www.fortunato-werbung.de
Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat